

# SPD demokratischer pressediens

F/XXX/243

19. Dezember 1975

Deutschlandpolitik und Verantwortung

-----  
Ergebnis der Transitverhandlungen mit der DDR ein ausgewogener Interessenausgleich

Von Egon Franke MdB  
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 / 36 Zeilen

Ein neuer Schritt im Nord-Süd-Dialog

-----  
Es geht um die Grundlagen einer weltweiten Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 bis 4 / 123 Zeilen

Hält Europa in der Kernenergie-Forschung Schritt?

-----  
Der EG-Ministerrat muß bald eine Entscheidung treffen

Von Gerhard Flöwig MdB  
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie im Europäischen Parlament

Seite 5 und 6 / 81 Zeilen

Kluncker ante portas?

-----  
Die Tarifautonomie ist keine Schönwettereinrichtung

Seite 7 / 37 Zeilen

Adenauer im Bilderbuch

-----  
Ein Exempel, wie man mit Zeitgeschichte umspringen kann

Seite 8 und 9 / 93 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 928 408  
Pressenhof 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 05 37 - 30  
Telefax: 02 28 545 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Köliner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11

Deutschlandpolitik und Verantwortung  
-----

Ergebnis der Transitverhandlungen mit der DDR ein  
ausgewogener Interessenausgleich

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Politik der Normalisierung zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist kein bequemer Spaziergang, kein glatter Prozeduralauf, in dem sich mühelos und stetig eine zum ändern fügt. Einen exemplarischen Anschauungsunterricht dazu liefern die Vorgänge dieser Woche.

Uns bewegen und beschäftigen Fälle, in denen Kinder von ihren "republikflüchtigen" Eltern aus der DDR getrennt wurden und Anlaß zu der Sorge besteht, daß dieses definitiv geschehen könnte. Diese Sorge löste in unserer Öffentlichkeit berechtigte Erregung aus. In diesem Zusammenhang wurde dem Ost-Berliner Korrespondenten des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" von den Behörden der DDR die Akkreditierung entzogen. Die Bundesregierung protestierte. Gleichzeitig prüfte und billigte sie das Ergebnis der mit der DDR geführten Verhandlungen über Fragen des Transitverkehrs nach und von Berlin. Wie paßt das zusammen, paßt es überhaupt zusammen?

Die Opposition verlangte, die Bundesregierung solle den Abschluß der Verhandlungen solange aussetzen, wie der endgültige Verbleib der Kinder nicht befriedigend geklärt sei. Dies ergäbe freilich nur einen Sinn, wenn feststünde, daß das Verhandlungsergebnis allein im Interesse der DDR liegt. Das aber ist nicht der Fall. Vielmehr handelt es sich um einen ausgewogenen Interessenausgleich. Dabei geht es, aus unserer Sicht gesehen, um die Erfüllung einer der fundamentalen nationalen Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland: Um die Sicherung der Lebensfähigkeit Berlins, um die Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverbindungen zu dieser Stadt, die für sie von lebenswichtiger Bedeutung sind. Die Bundesregierung hat darum allen Grund, Zusammenhänge nicht zu suchen und zu knüpfen, die letztlich dazu führen müßten, das im Wege des Interessenausgleichs Erreichbare und Mögliche - in diesem Falle für Berlin - zu versäumen.

Die Bundesregierung wird diesen politischen Weg unbeirrt fortführen. Er ist politisch und um der Menschlichkeit willen notwendig, weil er angesichts der Gegensätze und Unterschiede zwischen den beiden Staaten der einzig gangbare und erfolgversprechende Weg ist. Dafür sprechen auch und nicht zuletzt die etwa 2000 Kinder, die seit 1973 mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik zusammengeführt werden konnten. Dafür sprechen insgesamt die über 9.000 Menschen aus der DDR, die seit 1969 zu ihren Familienangehörigen in die Bundesrepublik ausreisen konnten.

(-/19.12.1975/wi/pr)

+ + +

## Ein neuer Schritt im Nord-Süd-Dialog

---

Es geht um die Grundlagen einer weltweiten Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zu der Konferenz über Probleme der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern ist schon viel gesagt worden, bevor sie überhaupt begonnen hat. Sie sollte ursprünglich die Fragen der Energieversorgung der Welt, vor allem der Industriestaaten, regeln helfen, die als Folge der Erdölpreisbewegungen 1973 und 1974 akut geworden waren. Seitdem ist aber klar geworden, daß die Ölpreiskrise nicht die einzige Ursache der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten ist, und daß ihre Beilegung allein nicht die Lösung aller weltwirtschaftlichen Probleme bedeutet. Die Bundesrepublik Deutschland war einer der ersten Industriestaaten, die daraus nach der Unterbrechung der Pariser Vorkonferenz im April 1975 die Konsequenz gezogen und eine Ausweitung der zunächst eng begrenzten Tagesordnung zugestimmt haben.

Schon die Aufgabenbereiche der vier Ausschüsse, in denen nach Beendigung der Vollkonferenz die Details ausgearbeitet werden sollen, zeigen, daß das ganze Spektrum der Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zur Debatte steht: Sie werden die Fragen Energie, Rohstoffe, Entwicklungspolitik und Finanzen behandeln. Die Forderungen der Entwicklungsländer zu diesen Problemen liegen schon seit April 1974 auf dem Tisch, und die wichtigsten von ihnen werden auch in Paris eine entscheidende Rolle spielen: die Verstärkung der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer und ihre Bindung an die Preise von Industriegütern, die Verstärkung der entwicklungspolitischen Anstrengungen der Industriestaaten und eine umfassende Mitarbeit der Entwicklungsländer, die Berücksichtigung der Interessen der Dritten Welt bei der Umgestaltung des Weltwährungssystems. Diese Forderungen sind auf der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen vorgebracht worden und waren zum Teil Gegenstand der 7. Sondergeneralversammlung vom Herbst 1975. Aber auch andere internationale Konferenzen wie die 2. Generalkonferenz der UNIDO und die Welternährungskonferenz haben sich mit diesen Fragen beschäftigt. Unctad IV., die Konferenz über Handel und Entwicklung, wird sich im Mai 1976 in Nairobi mit diesem Thema beschäftigen.

Trotzdem verliert die Konferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) dadurch nicht an Bedeutung, weil sie drei wichtige Vorzüge hat: Der Teilnehmerkreis ist auf 27 Delegationen begrenzt, die Hauptarbeit findet in Ausschüssen ohne Notwendigkeit von Fensterreden und Scheueffekten statt, und man kann sich vorerst ein Jahr Zeit lassen, ehe die Vollkonferenz zur Erörterung der Ausschubsergebnisse erneut zusammentritt. Durch die beschränkte Teilnehmerzahl ist eine substantielle und zügige Debatte eher zu erwarten als in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wo annähernd 140 Delegationen mitreden. In den Ausschüssen muß nicht auf öffentlichkeitswirksame Effekte geachtet

werden; ein sachlicher Handel ist hier eher möglich als in einer Abredephase, wo politische Gesten schon selbst Politik machen. Schließlich kann in einem Jahr auch bei weit entfernten Standpunkten eine Annäherung möglich sein. Ein so langer Zeitraum macht nicht nur Rhetik überflüssig, sondern kann auch zu einem besseren Verständnis für die Haltung der Verhandlungspartner und zu besserer Kenntnis ihrer Probleme führen.

Starke Worte, die eine auf wenige Tage zusammengedrückte Konferenz erheblich beeinflussen würden, werden im Verlauf der Beratungen in den vier Ausschüssen innerhalb eines Jahres in ihrem Gewicht erheblich relativiert werden. Es führt auch zu nichts, etwa den ärmeren Entwicklungsländern mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe zu drohen, wenn sie sich weiterhin mit den Ölförderstaaten solidarisieren:

- Auch die rohstoffarmen Entwicklungsländer sehen in den Ölförderstaaten zunächst nicht die Ursache ihrer neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie seit der drastischen Erhöhung der Erdölpreise fertig werden müssen. Für sie sind die Ölförderstaaten die ersten, die die Allmacht der Industriestaaten in ihre Schranken verwiesen haben, und die gezeigt haben, daß die unterentwickelten Staaten der Dritten Welt den wirtschaftlichen und politischen Kräften der Industriestaaten nicht wehrlos ausgeliefert sind. Sie sehen, daß die OPEC-Mitglieder die Industriestaaten zu Maßnahmen gezwungen haben, die diese freiwillig niemals getroffen hätten. Für sie ist häufig auch fraglich, ob ohne die Rolle der OPEC-Länder die Industriestaaten überhaupt zu dem nun seit nahezu zwei Jahren bestehenden Dialog mit den Entwicklungsländern bereit gewesen wären.

- Die Einigkeit der Entwicklungsländer hat sich zu den verschiedensten Gelegenheiten als vorteilhaft für sie erwiesen. Die 6. und 7. Sondergeneralversammlung und die 29. und 30. ordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen sind von ihrer Solidarität geprägt worden. Auf der UNIDO-Konferenz über die Weltindustriepolitik und auf der Seerechtskonferenz über die Verteilung der Meeresressourcen spielten sie die entscheidende Rolle. Nach diesen Erfahrungen ist klar, daß sie sich ihrer Einigkeit nicht von den Industriestaaten wieder nehmen lassen wollen.

- Die reich gewordenen Ölförderstaaten haben ihre Aufwendungen für die armen Entwicklungsländer innerhalb zweier Jahre auf ein Niveau gehoben, das dem der westlichen Industriestaaten nahekommt; durchschnittlich geben die OPEC-Länder 2,5 % ihres Bruttonationalproduktes für diesen Zweck aus. Auch der freigebigste Industriestaat kommt nicht annähernd auf einen vergleichbaren Prozentsatz. Zwar trifft es zu, daß der größte Teil dieser Hilfe auf bilateraler Ebene geleistet wird und häufig politische Kriterien zur Grundlage hat - aber wer in den Industriestaaten möchte hier den ersten Stein werfen?

Drohungen auf beiden Seiten führen nur zu Konfrontationen, die niemandem nützen. Es ist sicherlich kaum wahrscheinlich, daß die Ölförderstaaten eine Politik betreiben können wie Ende 1973 und Anfang 1974 der

Verkauf von arabischem Öl liegt heute um 30 vH unter dem Niveau von 1973. In den Industriestaaten herrscht ein Überangebot an Öl. Das Ölkartell OPEC scheint zu ermüden, und die Milliardenüberschüsse aus dem Ölverkauf sind fast völlig verschwunden. Trotzdem bleibt den Entwicklungsländern im Verein mit den Ölförderstaaten eine genügend starke Position:

- Sie beginnen eine wachsende Rolle auf dem Weltmarkt zu spielen. 18 vH unserer Exporte und nahezu ein Drittel unserer privaten Auslandsinvestitionen gehen in die Dritte Welt.

- Ohne sie sind Probleme wie das Seerecht oder der internationale Terrorismus nicht zu lösen.

- Die Gesamtbeziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern auf wirtschaftlicher und politischer Ebene werden weitgehend von der Dritten Welt geprägt werden.

Die Europäische Gemeinschaft und in ihrem Rahmen die Bundesrepublik Deutschland werden auf der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit eine konstruktive Mittlerrolle spielen können. Dies hat sie schon bei der Abgabe der Erklärungen der einzelnen Konferenzteilnehmer gezeigt. Sie ist dazu auch in hervorragender Weise geeignet. Mit den Vereinigten Staaten verbindet sie trotz mancher Schwierigkeiten eine langjährige feste Freundschaft, von der sich niemand vorstellen kann, daß sie in die Brüche geht. Die meisten EG-Mitglieder sind den USA ferner in der NATO verbunden. Andererseits pflegt die Europäische Gemeinschaft zu den Ländern der Dritten Welt Beziehungen, deren Intensität von kaum einem Industriestaat erreicht sein dürfte. Schon seit Jahren gibt es enge wirtschaftliche Verflechtungen mit Entwicklungsländern, und das Abkommen von Lomé mit nahezu der Hälfte aller Entwicklungsländer räumt der EG schon eine Sonderstellung unter den Staaten der westlichen Welt ein. Auch mit zahlreichen arabischen Staaten pflegt die Gemeinschaft enge wirtschaftliche Beziehungen, und der euro-arabische Dialog verleiht ihr im Nahen Osten ein besonderes Gewicht.

Als sie die Ergebnisse der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im wesentlichen billigte, neigte die Europäische Gemeinschaft zur grundsätzlichen Erörterung der Beziehungen zwischen Nord und Süd. Die Bundesregierung hat die Gemeinschaft dabei voll unterstützt. Es liegt auch an uns, dafür zu sorgen, daß diese Richtung auch bei der Konferenz über internationale Zusammenarbeit weiterverfolgt wird.

(-/19.12.1975/bgj/pr)

+ + +

## Hält Europa in der Kernenergie-Forschung Schritt?

---

Der EG-Ministerrat muß bald eine Entscheidung treffen

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie im Europäischen Parlament

Als das Europäische Parlament jetzt für eine Verlängerung des Mehrjahresprogramms der Gemeinschaft "auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik" stimmte, mag ein Aufatmen durch die Reihen vieler Umweltschützer gegangen sein. Fordern doch zahlreiche Bürgerinitiativen, den Bau von Kernkraftwerken mit Leichtwasser-Reaktoren - die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruhen - abzustoppen und statt dessen Kernkraftwerke nach dem Prinzip der Kernverschmelzung zu entwickeln. Warum soll wohl das, was seit Jahrmilliarden auf der Sonne vor sich geht, nicht auch die elegante Lösung aller Energieprobleme auf der Erde darstellen?

Schön wäre es, aber der Weg dahin ist leider noch weit. Das bestätigen Wissenschaftler in West und Ost, die es trotzdem fertig brachten, ihre Politiker von der Notwendigkeit zu überzeugen, Jahr für Jahr Milliardenbeträge für die Entwicklung von Kernfusions-Reaktoren bereitzustellen. Forschungszentren in den USA, in der Sowjetunion und in der Europäischen Gemeinschaft stehen seit langem im wissenschaftlichen Wettstreit. Die Europäer lagen bisher auffallend gut im Rennen. Trotzdem ist, alles in allem gesehen, das Ergebnis noch immer recht mager. Man weiß, daß für eine kontrollierte Kernverschmelzung rund 100 Millionen Grad Celsius erforderlich sind. Man weiß, daß es kein Material gibt, das solche unvorstellbaren Hitzegrade aushält. Man versucht, die gewaltigen Wärme-Energien in "magnetischen Flaschen" für Sekundenbruchteile einzuschließen. Die EG-Kommission stellte fest, daß man wahrscheinlich zehn vH der benötigten Energie, also zehn Millionen Grad Celsius, in den Griff bekommen könnte, wenn man eine gewaltige Maschine entwickelte, den "Jet" (Joint European Torus).

Genau darum geht es! Kein europäisches Land wäre heute allein in der Lage, die rund 615 Millionen Rechnungseinheiten für diesen Zweck aufzubringen. Kein europäisches Land hat auch genügend Forscher, die in der Lage wären, in den vorgesehenen fünf Jahren die Jet-Maschine zu bauen und die entsprechende Experiment-Serie abzuschließen. Nur gemeinsam wäre dieser neue Schritt in Richtung auf das noch ferne Ziel zu tun. Ob er getan werden soll, darüber wird auch nach dem Beschluß des Europäischen Parlaments noch gestritten. Im Ministerrat der EG, der die benötigten Mittel aus den nationalen Haushalten abzweigen müßte, besteht noch keineswegs Einigkeit, ob Europa seinen Vorsprung weiter halten soll. Es gibt dort Stimmen, die meinen, man solle den nächsten Schritt, also die zehn Millionen Grad-Jet-Maschine, aussparen, da diese teure Maschine ohnehin nur fünf Jahre benötigt wird. Dann hat sie ihren Zweck erfüllt, und eine neue, noch größere Maschine ist an der Reihe.

Es ist nicht zu bestreiten, daß dieser schlitzohrige Vorschlag den Finanzministern der EG Freude bereiten könnte: Laßt doch die Amerikaner und die Russen ausprobieren, ob die "magnetische Flasche" wirklich funktioniert. Klappt es, werden wir Europäer beim nächsten Schritt wieder dabei sein. Klappt es nicht, haben wir mehr als zwei Milliarden DM gespart. Doch so

schön, wie es sich anhört, ist die Sache nicht. Bisher tauschten tatsächlich die Forscher aus Ost und West ihre Erfahrungen aus. Es drehte sich ja noch immer um reine Grundlagenforschung. Je mehr aber die Forschungsergebnisse sich in Richtung auf praktische Verwertbarkeit hin bewegen, desto dünner werden die Informationen fließen. Das Rezept, die anderen entwickeln zu lassen und nach gelungenem Werk einfach die Lizenzen zu erwerben, hat der deutschen Industrie bei der Entwicklung von Leichtwasser-Reaktoren Milliarden erspart. Heute kann sie mit ihren verbesserten amerikanischen Kernspaltungs-Reaktoren auf dem Weltmarkt sogar den Amerikanern Konkurrenz machen. Die sind nicht gerade begeistert darüber, und bei ihnen mehren sich die Stimmen, die fordern, in Zukunft weniger großzügig mit der Vergabe von Lizenzen für hochentwickelte zukunftssträchtige Technologie zu sein.

Was geschähe, wenn Russen und Amerikaner es ablehnten, ihre Forschungsergebnisse weiterhin allen zugänglich zu machen? Es gehört wenig Phantasie dazu, sich das auszumalen. Die Amerikaner haben den Industriestaaten unserer Erde gezeigt, wohin mangelnde Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen führen: Weder auf dem Markt der Computer noch auf dem Markt der Weltraumraketen für Fernmelde- und Navigationssatelliten ist die USA-Konkurrenz heute ernsthaft zu gefährden. Wo der Versuch unternommen wurde, hat es Schwierigkeiten und Pleiten gegeben. Auch Firmenzusammenschlüsse konnten am Ende nicht viel retten. Soll sich das auf dem Feld der zukunftssträchtigen Energiepolitik wiederholen? Oder anders ausgedrückt, kann es sich Europa leisten, sich auf dem Gebiet der Entwicklung von Kernfusions-Reaktoren überholen zu lassen? Das ist die Frage. Die Antwort sollte der EG-Ministerrat geben - doch er hat es bisher nicht getan.

Offensichtlich waren es gar nicht diese Grundsatzfragen, die ihn bisher an einer klaren Entscheidung hinderten sondern wieder einmal nationale Egoismen. Der Rat konnte sich nämlich nicht einigen über den Standort, auf dem das neue Fusionsforschungszentrum errichtet werden soll. Die Italiener bestehen auf Ispra am Lago Maggiore; die Franzosen erwidern, der Geist des dortigen bisherigen Kernforschungszentrums biete keine Gewähr für eine erfolgreiche Durchführung des Jet-Programms. Die EG-Kommission meint, das sei kein Argument, weil das Jet-Programm ohnehin in der Hauptsache mit Personal bestritten werden soll, das aus nationalen Zentren nur vorübergehend abgestellt wird.

Wie dem auch sei - niemand kann dem EG-Ministerrat die Entscheidung abnehmen. Daß sie unbedingt bald getroffen werden muß, ergibt sich aus der Sache.  
(-/19.12.1975/wi/pr)

+ + +

### Kluncker ante portas ?

---

#### Die Tarifautonomie ist keine Schönwettereinrichtung

Es scheint doch noch eine dramatische Tarifrunde zu werden. Dieser Eindruck kann man jedenfalls nach der Lektüre dessen gewinnen, was vielfach über die Empfehlung des ÖTV-Hauptvorstandes geschrieben worden ist. Manche Kommentatoren haben in ihren Überschriften zum Vorgang die Alarmsirenen kräftig schrillen lassen. "Kluncker ante portas" soll dies wohl bedeuten und Erinnerungen an die Tarifrunde des Jahres 1974 wecken. Mit der Praxis der Tarifautonomie hat dies alles wenig zu tun.

Die nach Hunderttausenden zählenden Mitglieder der ÖTV werden so mit nichts für nichts aufs Rangiergeleis geschoben. Denn offensichtlich zählt ihre Meinung überhaupt nichts, will man einigen besonders flotten Kommentatoren glauben. "Die ÖTV fordert" und so weiter - nein die ÖTV hat noch nichts gefordert. Vor die Forderung hat der ÖTV-Gewerkschaftstag den Beschluß gesetzt, daß an der Basis über etwaige Forderungen diskutiert werden soll. Aus gutem Grund übrigens, denn die Tarifautonomie kann ihrem Zweck nur gerecht werden, wenn in ihr unmißverständlich der Wille der Arbeitnehmerorganisationen und der Arbeitgeber zum Ausdruck kommt und unter einen Einigungszwang gestellt wird.

Notwendigerweise hat dies zur Voraussetzung, daß Verhandlungsspielräume vorgeschlagen werden. Ohne diese würde die Tarifautonomie ad absurdum geführt. Es spricht nur für das volkswirtschaftliche Verständnis der Gewerkschaft, wenn sie gleichzeitig in einem Kernsatz ihren Mitgliedern sagt: "Aus dem wirtschaftlichen Wachstum wird sich 1976 nur ein geringer oder gar kein Verteilungsspielraum ergeben." Was dagegen an einigen Stellen zwischen den Zeilen in Kommentaren zum Vorschein kommt, ist unverdautes und unverarbeitetes Mißtrauen gegenüber einer mächtigen Arbeitnehmerorganisation. Zu diesem psychologischen Element gesellt sich der Zweifel, ob denn diese Postbeamten und Gemeindearbeiter, Busfahrer und Müllwerker auch in der Lage sein dürften, die komplizierten Bedingungen einer arbeitsteiligen und auf äußerste gegenseitige Abhängigkeit gestellten Wirtschaftsordnung zu begreifen. Dieser Zweifel rührt an den Nerv der Regeln unseres Zusammenlebens.

Wir sind der Ansicht, daß die Einsichtsfähigkeit in Zusammenhänge nicht an den gesellschaftlichen und sozialen Status gebunden ist. Daher wird die Tarifautonomie auch nicht als "Schönwettereinrichtung" verstanden, sondern als Regelinstrument, welches sich in schwierigen Zeiten ebenfalls behährt. Es sollte alles vermieden werden, was den Diskussionsprozess in der ÖTV über die Löhne und Gehälter für 1976 beschädigen und verengen könnte. Vertrauen in die Einsichtsfähigkeit der Arbeitnehmer sollte jetzt die Devise sein.

Klaus Vater  
(-/19.12.1975/va/ur)

+ + +

### Adenauer im Bilderbuch

---

Ein Exempel, wie man mit Zeitgeschichte umspringen kann

Rechtzeitig für das Weihnachtsgeschäft ist ein Bildband auf den Markt gekommen, der sich anspruchsvoll eine Biographie Konrad Adenauers nennt. Mehr noch: Das Buch soll laut Klappentext "die erste zeitkritisch genaue, photographisch dokumentierte Darstellung" des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland sein. Dafür müßten neben dem durch seine billigen Romane bekannten Verlag der Autor Ulrich Frank-Planitz und die Familie Adenauer, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und viele andere einstehen, "ohne deren Hilfsbereitschaft und Entgegenkommen das Buch nicht zustandegekommen wäre".

Die Biographie will, wie der Verfasser bekennt, "keinen Beitrag zur Heldenverehrung" liefern. Stattdessen begnügt sich Frank-Planitz mit einem Selbadern über den "Mythos" eines Mannes, der "wie ein König zu Grabe getragen" wurde. Offenbar soll die Mythologisierung des "Erzvaters der Bundesrepublik" eine späte, aber gerechte Wiedergutmachung für den Staatsmann sein, der sich "allen Versuchen entzogen hatte, ihn zum Denkmal zu erheben." Die Lücke, die Adenauer nicht durch sein Ausscheiden aus dem Amt, sondern durch seinen Hinschied hinterließ, empfand das Volk schmerzlicher als den Verlust Bismarcks: "Türme, wie sie Bismarcks Gedächtnis dienen, blieben ihm freilich erspart. Aber wie nach dem Tode des 'eiserernen Kanzlers'ieß es bald und heißt es mitunter noch jetzt: 'Das wäre ihm nicht passiert... So nachgiebig wäre er nicht gewesen.'"

Seien wir gerecht: Bilderbücher sind zum Anschauen, nicht zum Lesen. Der Autor hat sich darauf verlassen, daß niemand seinen Begleittext zu den 290 Abbildungen eines bewegten Jahrhunderts wirklich liest. Sonst hätte er sich nicht dazu versteigen können, Adenauer zum "bedeutendsten mitteleuropäischen Staatsmann seit Otto von Bismarck" zu ernennen. Bei aller Größe im Auf und Ab der Geschichte war ihm für einen passenden Maßstab Deutschland nicht groß genug. Sonst hätte er auch nicht das bisher streng gehütete Geheimnis verraten, daß Adenauer "die Weimarer Republik an verantwortlicher Stelle mitgeprägt hat." Sonst wäre ihm auch nicht in den Sinn gekommen zu behaupten, daß "Mitsstreiter wie Ludwig Erhard, Theodor Heuß und Ernst Reuter (Adenauer) zu Hilfe kamen."

Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die geschichtsfälschende Findigkeit oder die Dreistigkeit parteipolitischer Infamie. Natürlich ist der "Erzvater" längst zur "legendären Figur" geworden, die in gewaltigen Massen bewallfahrtet wird. Da kann von Demokratie, parlamentarischer zumal, keine Rede sein. Stattdessen hämmern Sätze wie dieser: "Konrad Adenauers Patriarchat erscheint im Rückblick als die goldene Zeit der Bundesrepublik." Ein Hauch christdemokratischer Nostalgie weht über das viel zu teure Papier, um die Parteihinterbliebenen ihre ganze Erbärmlichkeit spüren zu lassen. Fürwehr: "Wilhelm II., Hindenburg und Hitler waren zu Übermenschen emporstilisiert worden. Adenauer dagegen trat seinem Volk als Erzvater entgegen; mit ihm konnten sich die Deutschen identifizieren."

Dieser Gigant, der "rheinische Fröhlichkeit als politische Waffe einsetzte", hatte viel Scherereien, aber keinen ernsthaften Gegner. Nach Frank-Planitz hatten die Sozialdemokraten überhaupt nichts kapiert. "Wie

vielen Deutschen war auch den Sozialdemokraten offenbar entgangen, daß nach 1945 eine bis auf das 16. Jahrhundert zurückgehende Gleichgewichtspolitik zu Ende gegangen ist." Es mußte ein Adenauer kommen, um aus Westeuropa eine "handlungsfähige Einheit zu machen, die den Einfluß der beiden Supermächte zurückdrängt." Schlimm, schlimm, diese gaullistische Utopie den aufrechten Atlantikern der Union im Namen des Verblichenen unter die Nase zu reiben. Doch wie war dieser Antiamerikanismus mitten im Kalten Krieg nur möglich, wo doch Adenauer die "ethischen Grundlagen" seiner Außenpolitik von John Foster Dulles bezogen hatte?

Was hat der Autor kapiert? Offensichtlich weniger als die Sozialdemokraten. Kurt Schumacher "verächtete Adenauers Versuch, die Alliierten zäh und geduldig für seine Vorentstellungen zu gewinnen." Der Eklat im Bundestag im Streit um das Petersberger Abkommen kann natürlich nicht ausgespart werden. Nur wird verschwiegen, was die Opposition kritisierte und, von Adenauer bis aufs Blut gereizt, explodieren ließ. Scheinbar objektiv heißt es auf Seite 130: "Im Herbst 1949 trotzte (Adenauer den Alliierten) für seine Unterschrift unter das Petersberger Abkommen, mit dem die Bundesregierung dem Ruhrstatut zustimmte und den Beitritt im Europa-Rat ins Auge faßte, außer dem Demontagestop auch das Recht ab, konsularische Auslandsvertretungen zu errichten." So war es eben nicht. Adenauer hatte den Beitritt zum Europa-Rat neben einem selbständigen Mitglied Saargebiet zugestimmt und für den Demontagestop nichts in der Hand als eine angebliche Zusage des britischen Hochkommissars, mit der er erst in der Nachtdebatte heraustrückte. Erst der tückische Satz des Kanzlers, ob die Opposition einen Vertreter in die Ruhrbehörde entsenden wolle, "und wenn sie erklärt: nein, denn weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende weitergeführt wird," löste Wehners empörten Zwischenruf: "Ist das noch ein Deutscher?" aus, dem Schumachers Wort vom Kanzler der Alliierten folgte.

Daß dadurch das Verhältnis der beiden Politiker "für immer vergriffen worden sein soll, ist zumindest zweifelhaft, denn Adenauer war viel zu kalt berechnend, um nicht den Nutzen dieses Vorfalles zu erkennen. Jedenfalls gibt Frank-Plenitz der Opposition selbst recht, wenn er (S. 131) weiter schreibt, daß Adenauer mit dem Beitritt zögerte: "Die Haltung Frankreichs in der Saarfrage durchkreuzte seine Pläne, denn die gleichzeitige Zugehörigkeit dieses Gebiets und der Bundesrepublik zum Europarat konnte als Zustimmung Bonn zu den Pariser Absichten interpretiert werden."

Natürlich findet sich kein Wort von den "Prinzipien" der Opposition, nichts von ihrem Beitrag zu den Fundamenten der Demokratie. Schumacher, der "westpreußische Grenzlanddeutsche", der "marxistische Intellektuelle aus wahlhabendem Bürgertum", der Prediger des Klassenkampfes einer Klassenpartei mit marxistischem Glaubensbekenntnis, die ihren Vorsitzenden oft stöhnend ertrug, und gegen dessen Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 1954 gestimmt haben "sollen", hatte nach der Logik dieser "Parabel", die "ganz persönliche Niederlage" des Wahlausgangs von 1949 wohl verdient. Glückliches Volk unter dem Erzvater, glückliche Union unter dem Patriarchen Konrad Adenauer!

(F.W./19.12.1975/ai/or)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller